

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

LANDESPARTEITAG AM 8. NOVEMBER

Mit einer Rede des SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß wird der Landesparteitag der Berliner SPD am 8. November im bcc am Alexanderplatz eröffnet. Beginn ist um 9.30 Uhr. Der gesamte Parteitag wird wieder live im Internet übertragen unter livestream.spd-berlin.de.

Reden von Jan Stöß und Klaus Wowereit

In seiner Funktion als Regierender Bürgermeister wird sich Klaus Wowereit mit einer Rede von den Delegierten des Landesparteitags verabschieden. In seiner mehr als 13jährigen Amtszeit hat sich Berlin zu einer wirklichen Metropole entwickelt, die Stadt wächst, neue Arbeitsplätze entstehen. Klaus Wowereit will sein Amt zum 11. Dezember aufgeben.

Nominierung von Michael Müller

Im Anschluss an die Rede von Klaus Wowereit wird Michael Müller als Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters seine Ziele und Vorstellungen erläutern. Die Nominierung ist nach dem verbindlichen Mitgliedervotum per Akklamation vorgesehen.

Von der SDP-Gründung zum Mauerfall

Am Vorabend des Mauerfalls vor 25 Jahren erinnert die Berliner SPD auf ihrem Parteitag an die Gründung der SDP und die historischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990. Grußworte sprechen Christine Bergmann, ehemalige Berliner Arbeitssenatorin und Bundesministerin, und Walter Momper, 1989 Regierender Bürgermeister.

Antragsberatung

183 Anträge liegen den Delegierten zur Beratung vor, darunter ein umfangreicher Antrag zur Jugendpolitik, der eine eigenständige Jugendpolitik in der wachsenden Stadt fordert und in den Kreisen intensiv beraten worden ist. Antragsteller ist der Fachausschuss Kinder, Jugend, Familie. Er setzt auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher und eine Allianz der SPD mit der Jugend.

Weitere Anträge befassen sich mit der Evaluation des Spielhalengesetzes, der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, der Barrierefreiheit und der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst. Ein Antrag fordert die Erarbeitung eines Bibliothekskonzepts für Berlin und die Bezirke. Eine ganze Reihe von Anträgen liegen zu Freihandelsabkommen TTIP und CETA vor. Die AG Migration setzt sich in einem Antrag dafür ein, die interkulturelle Öffnung der SPD voranzubringen.

Alle Anträge mit den Empfehlungen der Antragskommission stehen unter parteitag.spd-berlin.de zur Verfügung.



Klares Ergebnis beim Mitgliedervotum: Michael Müller mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh bei der Bekanntgabe im Kurt-Schumacher-Haus.

„EIN ERFOLG FÜR DIE GANZE BERLINER SPD“

Mitgliedervotum: Michael Müller im 1. Wahlgang erfolgreich

Das Mitgliedervotum über die Nachfolge im Amt des Regierenden Bürgermeisters ist im 1. Wahlgang entschieden worden. Der bisherige Stadtentwicklungssenator Michael Müller soll das Amt von Klaus Wowereit übernehmen.

Das Verfahren, so der stellvertretende Landesvorsitzende Fritz Felgentreu, sei zum „Erfolg für die ganze Berliner SPD“ geworden. Das machten sowohl die hohe Beteiligung als auch die ausführliche Medienberichterstattung deutlich. Zu den vier Mitgliederforen, auf denen die drei Bewerber ihre politischen Schwerpunkte erläuterten, waren insgesamt mehr als 1600 Mitglieder gekommen. Viele verfolgten die Veranstaltungen auch per Livestream im Internet. Insgesamt hatte es 14 Zusammentreffen der drei Kandidaten gegeben.

Von den 17.193 Berliner SPD-Mitgliedern haben 11.162 ihre Wahlbriefe abgeschickt, damit wurde eine Wahlbeteiligung von 64,92 Prozent erreicht. Gültig waren 10.748 Stimmen. Michael Müller kam auf 6.353 Stimmen (59,11 Prozent), Jan Stöß erhielt 2.244 Stimmen (20,88 %), Raed Saleh 2.008 Stimmen (18,68 %). Jan

Stöß und Raed Saleh sicherten Michael Müller bei der Bekanntgabe des Ergebnisses im Kurt-Schumacher-Haus die Unterstützung der gesamten Partei und der Fraktion zu. Nach einem fairen Wettbewerb gehe die Berliner SPD jetzt geschlossen an die Arbeit. Jan Stöß griff den Vergleich mit den drei Musketieren auf. Jetzt gelte: „Alle für einen. Und das ist Müller.“

Michael Müller nannte das klare Ergebnis auch für ihn überraschend. Vorrangige Ziele sind aus seiner Sicht mehr soziale Gerechtigkeit, eine solidarische Stadt, die Wohnungspolitik und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Als drängende Themen stehen der Länderfinanzausgleich und der BER auf der Tagesordnung. Ihm gehe es um „gutes Regieren“ und auch um die kleineren Themen, die die Menschen bewegen, hatte Michael Müller auf den Mitgliederforen angekündigt.

75 Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten am 18. Oktober als Mitglieder der Wahlkommission sowie als ehrenamtliche oder hauptamtliche Helferinnen und Helfer für eine reibungslose Auszählung gesorgt. ■ **vwb**



WIE ORGANISIEREN WIR DEN FRIEDEN IN EUROPA?

Fritz Felgentreu, Bundestagsabgeordneter für Neukölln



Ute Finckh-Krämer, Bundestagsabgeordnete für Steglitz-Zehlendorf

Die Debatte über die Krise in Osteuropa steht oft im Zeichen der Frage: Womit haben NATO und EU Russland so provoziert, dass es die Krim annektieren und die Donbass-Region besetzen musste? Diese Fragestellung ignoriert das Wesentliche: Das Unrecht dort ist von Russland ausgegangen. Es gab in der Ukraine keine staatlichen Übergriffe auf die russischsprachige Bevölkerung. Nichts von dem, was im Februar in Kiew geschehen ist, hat Russland gezwungen, die Ukraine anzugreifen. Diese Entscheidung hat allein Moskau gefällt. Russland hat sich damit vorerst vom Aufbau einer partnerschaftlichen Friedensordnung für Europa verabschiedet. Wer mit Gewalt Grenzen verändert und Einflussgebiete definiert, ist ein problematischer Nachbar.

Gerade wir Deutschen haben 25 Jahre nach der friedlichen Wiedervereinigung kein Argument, den Ukrainern die Selbstbestimmung vorzuenthalten, die uns zuteil wurde. Der Rückkehr der Gewalt als Mittel der Politik muss die EU entgegenreten. Gleichzeitig ist klar: Das Ziel bleibt eine dauerhafte Friedensordnung. Dieses Ziel ist ohne Russland nicht zu erreichen. Auch Russland hat Anspruch auf Akzeptanz, Wertschätzung und Respekt. Deshalb müssen wir angesichts neuer Gefahren einerseits konsequent und entschlossen sein. Andererseits müssen wir jederzeit bereit sein, ein friedfertiges Russland, das die Selbstbestimmung und die territoriale Integrität seiner Nachbarn respektiert, als Freund und Partner zu begrüßen. Das bedeutet:

1. Die NATO muss ihre Hausaufgaben machen. Sie ist zuallererst ein Verteidigungsbündnis. Ihre Aufgabe ist es, den Ukraine-Konflikt zu analysieren und realistische Bedrohungsszenarien daraus abzuleiten. Im nächsten Schritt muss sie für das gesamte Bündnis, besonders aber für die östlichen Mitgliedsstaaten, glaubwürdig Abschreckung organisieren. Der NATO-Gipfel im September war dafür ein guter Anfang.

2. Auch Länder, mit denen wir kein Bündnis haben, haben das Recht auf Selbstbestimmung. Um dieses Recht zu stärken, darf die EU keinen Zweifel aufkommen lassen: Der Einsatz von Gewalt hat Konsequenzen – auch dort, wo wir jede militärische Option ausschließen. Die EU-Sanktionen sind eine angemessene Antwort auf das russische Vorgehen in der Ukraine. Weitere Aggressionen müssen weitere Sanktionen nach sich ziehen.

3. Die Ziele der östlichen Partnerschaft darf die EU dabei nicht aus den Augen verlieren. Die Assoziierungsabkommen mit Moldau, Georgien und der Ukraine müssen mit Leben erfüllt werden. Nur wenn die Menschen dort erleben, dass die europäische Integration ihnen Bewegungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand bringt, wird die östliche Partnerschaft die Stabilität der Region insgesamt verbessern. Das liegt im Interesse aller.

4. Der Dialog mit Russland muss weitergehen. Es war richtig, dass Merkel und Steinmeier in der NATO darauf gedrungen haben, an der NATO-Russland-Grundakte festzuhalten. Die OSZE kann die Plattform für Gespräche und Verhandlungen sein, um Misstrauen zu überwinden. Aber auch die Wirkung von Kongressen, Begegnungen von Parlamentariergruppen, bilateralen Gesprächen, Städtepartnerschaften, Kontakten mit Nichtregierungsorganisationen und des Jugendaustauschs ist nicht zu unterschätzen. Russland gehört für uns dazu. Das müssen wir zeigen, gerade, wenn wir harte Kritik formulieren. ■ Fritz Felgentreu

DEBATTE

DIE EU, RUSSLAND UND DER KONFLIKT IN DER UKRAINE

Es ist ein brüchiger Waffenstillstand im Osten der Ukraine. Auch im Oktober kam es immer wieder zu einzelnen, zum Teil heftigen Kämpfen. Von einer wirklichen Lösung des Konflikts sei man noch weit entfernt, stellte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bei einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Mitte Oktober fest.

Die gegenwärtige öffentliche Debatte ist geprägt von der Frage, ob eine neue Blockkonfrontation entsteht oder bereits entstanden ist und wie der Westen mit dieser Entwicklung umgehen soll.

Wie Wege zum Frieden aussehen können, beschreiben die beiden Berliner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu und Ute Finckh-Krämer in ihren Debattenbeiträgen aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Fritz Felgentreu ist Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags. Ute Finckh-Krämer ist stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ des Bundestags.

Vor 45 Jahren, am 28.10.1969 hielt Willy Brandt die erste Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition. Damit leitete er eine neue Phase deutscher Außenpolitik ein. Während er die feste Einbindung in das westliche Bündnis fortsetzte, setzte er auf eine Politik der gegenseitigen Anerkennung der beiden deutschen Staaten und auf eine Dialogpolitik in der Auseinandersetzung mit dem Gegner im Ost-West-Konflikt. Diese Politik hat maßgeblich, so wie die demokratischen Bewegungen in den Staaten Osteuropas, zum friedlichen Ende des Ost-West-Konfliktes zwanzig Jahre später beigetragen.

Diese europäische Ordnung ist heute durch den Ukraine-Konflikt in Gefahr. Die Kultur der Kooperation, die in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) angelegt ist, droht zu zerfallen. Die Wiederkehr des Denkens in Blöcken muss verhindert werden.

Frank-Walter Steinmeier hat in der Ukraine-Krise von Anfang an einen vermittelnden Ansatz verfolgt. Die Bundesregierung hat intensiv mit beiden Seiten kommuniziert, Bundeskanzlerin Merkel häufig mit Putin telefoniert, ihn auch direkt getroffen, der Außenminister mehrere Vermittlungsgespräche bewirkt. Deutschland hat in die NATO und die EU mäßigend hineingewirkt, um die wechselseitige Eskalation zu bremsen. Unser Ziel ist es, die ukrainischen und russischen Partner zur Kooperation zu bewegen. Einen möglichen Rahmen für eine konstruktive, friedensfördernde Bearbeitung des Konfliktes bietet die OSZE, die u. a. auf die Entspannungspolitik der SPD seit Willy Brandt zurückgeht. Sie arbeitet auf Konsensbasis, so dass alle Beteiligten gezwungen sind, akzeptable Kompromisse zu finden. Die Beobachtermission der OSZE trägt durch ihre verlässlichen Informationen zur Versachlichung der Berichterstattung bei.

Ein wichtiges Element der Deeskalation ist die Suche nach Politikbereichen, bei denen beide Seiten zusammenarbeiten und gemeinsame Interessen entwickeln können. Das gilt für die internationale Seite des Konfliktes wie auch für das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. Wo es gemeinsame Interessen gibt, oder wenigstens das gemeinsame Interesse an Zusammenarbeit wie bei den Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, geht bislang die Zusammenarbeit zwischen dem „Westen“ und Russland weiter. Das Minsker Abkommen hat gezeigt, dass Annäherungen zwischen Russland und der Ukraine möglich sind. Das hat der Abschluss des Waffenstillstandes gezeigt, auch wenn trotzdem weiter heftig gekämpft wird.

Es gibt Anzeichen für eine Deeskalation des bewaffneten Konfliktes und damit Zeit für weitere Verhandlungen. Das ukrainische Parlament hat beschlossen, den Separatisten Amnestie anzubieten und den Regionen Donezk und Lugansk für einen befristeten Zeitraum eine stärkere Autonomie zu gewähren, die Inkraftsetzung des Gesetzes steht zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch aus. Die Ankündigung des russischen Präsidenten, die russischen Truppen von der Grenze der Ukraine abzuziehen und die Manöver zu beenden wäre, sollten der Ankündigung Taten folgen, ein weiteres positives Zeichen.

Wir müssen weiter auf Dialogpolitik zwischen den am Konflikt beteiligten Parteien setzen. Längerfristig muss unser Ziel sein, die OSZE als Organisation zu stärken und die Instrumente präventiver Krisenbearbeitung auszubauen. ■ Ute Finckh-Krämer

„DIE NACHBARSCHAFT NEU ENTDECKEN“

Kampagnenstart: Berliner SPD stärkt die Vernetzung in den Kiezen

Fast alle engagierten SPD-Mitglieder kennen den Satz: „Stehen schon wieder Wahlen an, oder warum sind Sie hier?“ Auf die eine oder andere Weise ist er immer wieder an den Infoständen zu hören.

Meist ist die Überraschung groß, wenn die SPD-Mitglieder dann erklären, dass sie selbstverständlich auch zwischen den Wahlen vor Ort und ansprechbar sind. Und das sogar mit großer Regelmäßigkeit.

Mit dem Start ihrer neuen Nachbarschaftskampagne in allen Unterbezirken und Kreisverbänden will die SPD das auch deutlich herausstellen und die Vernetzung in den Kiezen stärken. Zentrale Botschaft: „Hallo Nachbarin. Hallo Nachbar. Wir sind da. Hier geht mehr.“ Ziel der Kampagne ist es, wieder mehr Anschluss an die eigenen Kieze zu finden, die zentralen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren kennen zu lernen und in der eigenen Nachbarschaft gemeinsam Neues entstehen zu lassen.

Damit aber Neues entstehen kann, muss umfassendes Wissen über die Le-



Die SPD startet ihre Nachbarschaftskampagne. Als Modellregion aus Berlin ist der Kreis Friedrichshain-Kreuzberg mit dabei.

bensumstände, die Sorgen und Nöte vor Ort her. Aus der Ansprache, der Offenheit und Verbundenheit heraus, können schließlich gemeinsame Angebote und Lösungen entwickelt werden, die zum vielfältigen Mitmachen animieren sollen.

Die bundesweite Kampagne startet jetzt mit 20 Modellregionen. In Berlin wird der Kreis Friedrichshain-Kreuzberg diese Modellregion sein. Aus insgesamt zehn Berliner Kreisen beteiligen sich jetzt Campaigner_innen an der Kampagne. Aber: Jede und jeder ist aufgerufen mitzumachen und sich an der Aktion zu beteiligen. Zum Landesparteitag am 8. November wird es deshalb umfassende Informationen für alle Mitglieder geben.

Im SPD-Landesverband ist Björn Eggert für die Kampagne zuständig. Er ist sicher, dass die Nachbarschaftskampagne ganz neue Möglichkeit der Vernetzung eröffnen wird: „Wir wollen unsere Nachbarschaft, ihre Probleme und Nöte, aber auch ihre Chancen und Potenziale ganz neu entdecken.“

Das Ziel ist für Björn Eggert klar: „Niemand soll in Zukunft mehr überrascht sein, die SPD aktiv in den Kiezen arbeiten zu sehen. Wir wollen auch außerhalb der Wahlkämpfe als Partei noch ansprechbarer und sichtbarer sein.“ Und dazu können alle Mitglieder einen Beitrag leisten. ■ **vwb**

HIER GEHT MEHR:

Mehr Infos zur Nachbarschaftskampagne gibt es bei Björn Eggert, Mail: bjoern.eggert@spd.de



mitmachen.spd.de ist die Internet-Plattform für die Nachbarschaftskampagne. Hier können sich alle anmelden, die Interesse an der Mitarbeit haben und sich an der Kampagne beteiligen wollen. Es gibt aktuelle Infos und die Möglichkeit, sich selbst aktiv einzubringen.

VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Fachausschüsse und Foren. Die Vorsitzenden der Fachausschüsse der Berliner SPD sind jetzt vom Landesvorstand der Berliner SPD bestätigt worden. Die Fachausschüsse beraten den Landesvorstand in ihren jeweiligen Spezialgebieten. Vorsitzende sind: **Karl-Heinz Niedermeyer** (FA Internationale Politik), **Fabian Fischer** (FA Europa), **Florian Dörstelmann** (FA Innen- und Rechtspolitik), **Burkhard Zimmermann** (FA Kinder, Jugend und Familie), **Monika Buttgerit** und **Matthias Trenzcek** (FA Stadt des Wissens), **Barbara Loth** (FA Wirtschaft und Arbeit), **Volker Härtig** (FA Soziale Stadt), **Jens-Holger Ahrens** (FA Gesundheit, Soziales, Verbraucherschutz), **Heike Stock** (FA Natur, Energie, Umweltschutz), **Sybille Uken** (FA Mobilität). **Karin Halsch** wurde als Vorsitzende des Forums Sport bestätigt, **Yannick Haan**, **Jonas Westphal** und **Ute Pannen** als SprecherInnen des Forums Netzpolitik. Neu eingerichtet werden der **Fachausschuss Kulturpolitik** (Konstituierung: **Barbara Scheffer** und **Wibke Behrens**) sowie der **Fachausschuss „Strategien gegen rechts“** (Konstituierung: **Susanne Kitschun** und **Kevin Kühnert**).

Felicitas Tesch, langjährige Charlottenburger SPD-Abgeordnete, ist als stellvertretende Präsidentin des Humanistischen Verbandes (HVD) Berlin-Brandenburg gewählt worden. Als Beisitzer gehört dem neuen HVD-Präsidium der Kreuzberger Abgeordnete **Björn Eggert** an.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de



Erinnerung an Paul Hertz: Schülerinnen und Schüler der Helmuth-James-von-Moltke Grundschule bei der Einweihung der Gedenktafel, zusammen mit Frédéric Verrycken, Reinhard Naumann und Henry Berg, dem Enkel von Paul Hertz.

„UNERMÜDLICH TÄTIG“

Gedenktafel für Paul Hertz enthüllt

Nach ihm ist eine Siedlung in Charlottenburg benannt. Anfang Oktober wurde dort nun eine neue Gedenktafel für Paul Hertz enthüllt. Mit dabei: sein Enkel Henry Berg, der in den USA lebt.

Paul Hertz war sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und in den zwanziger Jahren auch Charlottenburger Kommunalpolitiker. 1933 flüchtete er vor der Verfolgung der Nationalsozialisten nach Prag und gehörte einige Jahre lang dem Exil-Vorstand der SPD an. Ende 1939 emigrierte er in die USA. 1949 folgte er dem Ruf von Berlins Bürgermeister Ernst Reuter zur Rückkehr und stellte sich wie-

der in den Dienst seiner Stadt. Die Gedenktafel am Heckerdamm 236 in Charlottenburg, ermöglicht durch Spenden der Gewobag und der SPD-Politiker Frédéric Verrycken, Reinhard Naumann und Swen Schulz, beschreibt sein Wirken: „Paul Hertz – Senator für Wirtschaft und Kredit. Sozialdemokratischer Politiker. Nach Rückkehr aus dem Exil im Jahre 1949 bis zu seinem Tode war er unermüdlich für den Wiederaufbau Berlins tätig. Er überzeugte die Amerikaner und die Bundesregierung von der politischen Notwendigkeit, die Westberliner Wirtschaft durch die Marshallplanhilfe aufzubauen.“ ■ vwb

ÜBERALL ERREICHBAR

Bürgerbüros der SPD-Abgeordneten als Anlaufstellen

Hier gibt es Sprechstunden und Beratungsangebote, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen: Überall in der Stadt haben SPD-Abgeordnete in den vergangenen Wochen Bürgerbüros eröffnet.

Mit den Bürgerbüros stehen jetzt in allen Bezirken neue Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger, für Vereine und Projekte zur Verfügung. Neben den Sprechstunden der Abgeordneten gibt es in einigen Büros spezielle Beratungsangebote in sozialen Fragen, etwa bei Ole Kreins in Lichtenberg, Erol Özkaraca in Neukölln oder Clara West in Pankow, oder zu rechtlichen Fragen bei Frédéric Verrycken in Charlottenburg. Im Friedenauer Büro von Dilek Kolat stellen regelmäßig KünstlerInnen aus, Frank Jahnke plant in seinem Büro in Charlottenburg im November eine Ausstellung aus Anlass des Mauerfalls. Ab 1.11. ist das Bürgerbüro von Ülker Radziwill in der Friedbergstraße 36 geöffnet.



Überall erreichbar: Die Bürgerbüros der Berliner SPD-Abgeordneten.

Stadtteiltage mit zahlreichen Veranstaltungen im jeweiligen Wahlkreis organisieren im November Frank Jahnke (4.11., Charlottenburg-Wilmersdorf), Birgit Monteiro (4.11., Lichtenberg), Nikolaus Karsten (5.11., Pankow), Ole Kreins (6. und 20.11., Lichtenberg), Thomas Isenberg (10. bis 16. 11., Mitte), Franziska Becker (21.11., Charlottenburg-Wilmersdorf) und Burghilde Grosse (24.11., Spandau). ■ vwb

DIE GENOSSEN VOM K.G.B. BEIM ABI

Mit der Geschichte der Berliner Konsumgenossenschaften befasst sich eine Ausstellung des August Bebel Instituts, die am 10. November in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet wird. 1863 wurden in Berlin die ersten Konsumgenossenschaften gegründet, 1902 schlossen sie sich zur „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e.G.“ (K.G.B.) zusammen. In Lichtenberg gab es eine eigene Großbäckerei, eine Wurstfabrik und Lagerhäuser für Textilien, Glas und Keramiken. Über 200.000 Mitglieder der Genossenschaft in ganz Berlin wurden versorgt – allein im Wedding gab es zwei genossenschaftseigene Kaufhäuser. Von den Nazis wurden die K.G.B. 1935 aufgelöst und enteignet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Konsumgenossenschaften neugegründet, für eine kurze Zeit gab es hier auch eine spannende Ost-West-Zusammenarbeit.

Ausstellungseröffnung am Montag, 10. November, 18–20 Uhr. Ausstellung bis 6. Dezember 2014. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14–18 Uhr. ■ vwb



„Nachtfalter“ von Natascha Ungeheuer.

GALERIE: NATASCHA UNGEHEUERS BILDER

Es ist eine gelungene Ergänzung zur Ausstellung ihrer Ölbilder im Willy-Brandt-Haus: Bis zum 5. November sind in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus Gouachen, Zeichnungen, Aquarelle und Lithographien der Kreuzberger Künstlerin Natascha Ungeheuer zu sehen.

Seit fünfzig Jahren malt Natascha Ungeheuer in verschiedenen bildnerischen Techniken fantasievolle und farbenfrohe Wesen. Für viele Bücher von Autoren wie Edgar Hilsenrath, Jaroslav Hasek, Christian Morgenstern oder Wolf Biermann schuf sie die Illustrationen. Die Ausstellung ist zu sehen in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Berlin-Mitte, Müllerstraße 163, U- und S-Bhf. Wedding, Mi, Do, Fr 16–18 Uhr. ■ vwb